



Zerstörerische Strömung. Illustration: Doriano Strologo

## **Politik**

## Zurück auf den Erfolgspfad

Trotz Automatisierung und Informatik entwickelt sich die Produktivität der Wirtschaft schleppend. Regulierung und Überwachung untergraben Vertrauen und Wohlstand. Die Schweiz muss Distanz zur EU gewinnen.

23.05.2018

Von Kurt Schiltknecht und Doriano Strologo (Illustration)

Die langwierige Rezession, die sich nach dem Ausbruch der Bankenkrise in den Industriestaaten breitmachte, scheint endlich überwunden zu sein. Selbst Länder wie Griechenland, Portugal, Spanien oder Italien weisen wieder positive Wachstumsraten auf. Im Gegensatz zu früheren Erholungsphasen ist das Wachstum dieses Mal vor allem auf die Zunahme der Beschäftigten und nur geringfügig auf eine höhere Produktivität zurückzuführen. Diese lahmt trotz der vielen Innovationen im Bereich der Automation oder der IT allerdings schon lange. Es gibt zahlreiche Gründe, weshalb die Wirtschaft die Chancen des technologischen Fortschritts in den letzten Jahren nur unzureichend wahrgenommen hat.

## Erinnerungen an die Amischen

Vor allem in Europa hat in der Wirtschaftspolitik der Einfluss innovations- und fortschrittsfeindlicher Gruppen zugenommen. Gleichzeitig finden auch die Parteien und nichtstaatlichen Organisationen, die mit Gesetzen, Regulierungen und Umverteilungen die Gesellschaft gerechter und moralischer machen wollen, immer mehr Zuspruch. Diese Gruppen erinnern in vielem an die amischen Glaubensgemeinschaften, die im 18. und 19. Jahrhundert aus Europa in den USA auswanderten und auch heute noch der Modernisierung der Gesellschaft äusserst skeptisch gegenüberstehen. So lehnen sie aufgrund ihrer religiösen Vorstellungen Elektrizität und Autos ab. Neue Produkte oder Techniken dürfen nur nach sorgfältigen, auf ihren religiösen Vorstellungen basierenden Prüfungen übernommen werden. Zur Fortschrittsfeindlichkeit passen auch die Regeln für Kleidung, Haartracht und die richtige Lebensweise.

Heute wird das museal anmutende Verhalten der Amischen belächelt, obwohl sich ihre Forderungen nicht grundsätzlich von denjenigen der Grünen, der Veganer, der Bio-Anhänger oder linker Gruppierungen unterscheiden. Auch diese wollen aus ideologischen und wissenschaftlich wenig oder gar nicht fundierten Überlegungen allen Leuten vorschreiben, wie diese ihr Leben gestalten und was sie essen

sollen, wie viel Strom sie konsumieren und welche elektrischen Geräte sie verwenden dürfen. Für die meisten ist die Gentechnologie des Teufels. Dafür wissen sie bereits heute, wie die Energiewende und die Mobilität der Zukunft im Detail aussehen sollen.

Leider finden solche sektiererisch anmutenden Ideen immer mehr Eingang in die Regulierungen und Gesetze. Dies behindert die Entwicklung neuer Produkte und Technologien. Wenn die Angst vor Änderungen und Neuem zum Leitmotiv einer Gesellschaft wird, bleiben Fortschritt und Wohlstand auf der Strecke. Diese schmerzliche Erfahrung musste beispielsweise der Islam machen, als dessen Exponenten nach der Erfindung des Buchdrucks diesen verboten und damit die rasche Verbreitung neuer Erkenntnisse und des bestehenden Wissens verhinderten.

Statt unsere Gesellschaft mit immer mehr Verboten und Regulierungen zu überschwemmen, sollte man, wie das früher in den erfolgreichen freiheitlichen Staaten der Fall war, sich damit begnügen, mit möglichst wenigen Vorschriften den Menschen und der Wirtschaft einen Rahmen zu geben, in dem sich jeder Einzelne, aber auch die Forschung und Wirtschaft frei entwickeln können. Von diesem liberalen Geist ist nur noch wenig zu spüren. Europa ist innovationsfeindlich geworden. Dies zeigt die Zusammenstellung der fünfhundert grössten Unternehmungen. Nur eine der zwischen 1976 und 2007 gegründeten europäischen Firmen schaffte es auf diese Liste, hingegen sind zwanzig amerikanische aufgeführt.

## Gutmenschen und Moralisten

Eine riesige Belastung für die Wirtschaft bringen auch die Versuche mit sich, die Gesellschaft mit bürokratischen Auflagen und einer riesigen Überwachungsmaschinerie zu einem sogenannten moralisch einwandfreien und sozialen Verhalten zu zwingen. Die Zeiten, in denen das Wirtschaften von Vertrauen geprägt war und Geschäfte mit einem Handschlag oder einem einfachen Vertrag besiegelt werden konnten, sind vorbei. Obwohl erwiesen ist, dass Länder, in denen Vertrauen grossgeschrieben wurde, wirtschaftlich erfolgreicher waren, zählt Vertrauen immer weniger. Linke und grüne Gutmenschen und Moralisten haben es fertiggebracht, das Misstrauen als Norm in den Gesetzen und Regulierungen zu etablieren. So schreiben die Bankenund Finanzmarktregulierer implizit vor, dass alle Bankmitarbeiter und -kunden grundsätzlich als potenzielle Verbrecher zu betrachten seien. Jede grössere Zahlung muss hinterfragt und überprüft werden, ob sie nicht mit einem Korruptions-, Drogen-, Geldwäscherei-, Insider- oder Mafiageschäft in Zusammenhang stehen könnte.

Niemand, selbst langjährige Bankkunden nicht, ist von solchen Verdächtigungen ausgenommen. Die jüngste Massnahme mit Blick auf mögliche Steuerhinterzieher, Betrüger oder andere Kriminelle ist der automatische Informationsaustausch im Finanzbereich. In dieses Kapitel passen auch die Vorschläge zur Abschaffung des Bargeldes oder die Idee, alle Zahlungen über eine zentrale staatliche Stelle abzuwickeln. Die IT eröffnet immer mehr Möglichkeiten zur Kontrolle der Bürger und Wirtschaft – und eines ist sicher: Die moralisierenden Gruppen und Parteien werden sich das nicht entgehen lassen wollen.

Besonders populär sind zudem Regulierungen auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt oder den Verbrauchermärkten. Doch auch innerhalb der Wirtschaft ist das Misstrauen zur Geschäftsnorm geworden. Davon sprechen die immer dicker werdenden und bis ins letzte Detail gehenden Verträge. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb nimmt die Prozessflut immer grössere Ausmasse an. Es wäre an der Zeit, über die Wirkungen des immer dichteren Netzes von

Regulierungen und Gesetzen nachzudenken und dabei auch Lehren aus der Entwicklung der sozialistisch und kommunistisch geführten Länder zu ziehen. Weil sich sozialistische oder kommunistische Ideen in der breiten Bevölkerung nicht freiwillig umsetzen lassen, herrscht in diesen Ländern Misstrauen, und mit rigorosen Vorschriften sowie einem umfassenden Kontroll- und Überwachungssystem soll der Bürger zum richtigen Verhalten erzogen werden. Der wirtschaftliche Bankrott dieser Länder zeigt, wie schädlich ein solches Gesellschaftsmodell für Fortschritt und Wohlstand ist.

Umso mehr erstaunt es, dass insbesondere Europa nichts daraus gelernt hat, sondern immer häufiger diesen Weg beschreitet. Kaum - jemand will der Tatsache ins Auge sehen, dass die mit Regulierungen und Kontrollen einhergehenden riesigen Kosten letztlich von den - Arbeitnehmern und Bürgern getragen werden. Je mehr Ressourcen für Kontrollen und Regulierungen verschleudert werden, desto mehr sinkt die Effizienz einer Volkswirtschaft, ein signifikanter Produktivitätsanstieg bleibt aus. Damit gibt es auch keinen Spielraum für eine Erhöhung der seit Jahren weitgehend stagnierenden Reallöhne, was den Unmut der Bevölkerung verstärkt hat.

Staatlich verordnete Lebensweise

Statt nun über Wutbürger oder Populismus zu lästern, sollte man sich wieder auf die alten Stärken besinnen und sich für eine freiheitliche und auf Vertrauen beruhende Gesellschaftsordnung einsetzen. Das heisst nicht, dass man Kriminalität oder sozialen Missständen gleichgültig gegenüberstehen soll, aber man soll die Lösung dieser Probleme nicht in einem Überwachungsstaat und einer staatlich verordneten Lebensweise sehen.

Vertrauen und Freiheit waren wichtige Elemente für den Erfolg der schweizerischen Gesellschaft und Wirtschaft. Nicht zuletzt unter dem Druck der EU und internationaler Organisationen entfernt sich die Schweiz aber immer mehr von diesem Erfolgsmodell. Wie der Rest von Europa ist auch sie in eine starke zerstörerische Strömung geraten. Die Schweiz hat nur dann eine Chance, auf den Erfolgspfad zurückzukehren, wenn sie sich von der sozialistisch inspirierten Regulierungs- und Überwachungsflut der EU freischwimmt und sich von der Idee trennt, die EU-Gesetzgebung mehr oder weniger automatisch zu übernehmen.